

# Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Schriftleitung: Düsseldorf 100, Tannenstr. 33. Fernruf 4423, Telegr.: Textilverband Düsseldorf.

Verlag Bernhard Otte, Düsseldorf 100,  
Tannenstraße 33.  
Druck und Versand Joh. van Nien,  
Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65.  
Fernruf: 4692.

## Mehr Mut und Selbstvertrauen!

Das Leben wird trübe und trüber!  
So seufzt und klagest du gern.—  
Die Wollen, sie ziehen vorüber,  
Und ewiglich strahlet der Stern.  
Die Freude, o nenn sie nicht Schimmer!  
Nur froh dem Gesichte vertraut!—  
Du hast nach den Wollen nur immer  
Und nie nach den Sternen gesucht.

E. Rittershaus.

## Zum Aufstieg der christlich-nationalen Arbeiterbewegung.

Von E. Hartwig, M. d. R.

Die Überwindung des unser Volks, die Geschlechter und Stände zerstörenden und zermürbenden marxistischen und münchnerischen Geistes ist die Lebensfrage des deutschen Volkes geworden. Das es sonst mit uns gekommen ist, daß wir vor dem vollen Rechte und vor einem Schrecken ohne Ende stehen, das ist auf den Mangel an Willen zur sozialen Verständigung zurückzuführen. Das es an ihr fehlt, daß es an der Einsicht ihrer Notwendigkeit gefehlt hat, das ist unser Verderb gewesen und wird es in Zukunft sein, wenn hier nichts geändert wird. Das ist die große Aufgabe, an der die vergangenen Generationen achlos vorübergegangen sind: den zum selbständigen Leben erwachsenen Arbeiterstand einzugliedern ins Volksganze und zu verhüten, daß er einer selbstsüchtigen Klassenbewegung zum Opfer falle, die über die Grenzen einer gesunden Standesbewegung hinaus die alleinige Herrschaft und alleinige Tötung des Proletariats im Volksleben an sich reißt. Diese Eingliederung aber ist eine Lebensnotwendigkeit für den Bestand und Wiederaufbau unseres Volkes. Es war ein verhängnisvoller Irrtum, daß die evangelische Christenheit, durch eine ganzvolle wirtschaftliche und nationale Entwicklung geblendet, durch Mittel der Staatsgewalt glaubte, mit der Sozialdemokratie fertig werden zu können, was ebenso irrt war als der Weg des Entgegenkommens, der Konzessionen an ihre politischen Parteibildungen, wie er im Kriege beschritten wurde, während sie in Wahreheit nur durch die geistige Macht einer christlich-national-sozialen Gesamtkulturbewegung, getragen von einer dementsprechend bestimmten Arbeiterbewegung, überwunden werden konnte — und noch kann! Die Auseinandersetzung mit dem Marxismus, die immer glänzend auf unsere Seelen brennt, sie kann nur von einer Arbeiterbewegung erfolgen, die das klare Bekenntnis zur Volksgemeinschaft aufweist in ihrer Grundeinstellung: christlich, national, sozial. Und diese Arbeiterbewegung ist — die christlich-nationale Arbeiterbewegung. Was unterscheidet sie von der marxistisch orientierten? Die christlich-nationale Arbeiterbewegung sieht das geschäftige Werden sich nicht in schroffen Gegenjägen vollziehen, sondern in der Überwindung aufleimender und bestehender Gegensätze durch soziale Verständigung auf der Grundlage des Evangeliums; sie weiß den gewaltigen Faktor der religiös-sittlichen Lebenskräfte ganz anders in Rechnung zu stellen als die marxistisch verblendete Sozialdemokratie. Sie sieht ihre Ausgabe nicht darin, ihre Kräfte zu verzetteln in aussichtslosen Unternehmungen der Klassenverhetzung, sondern praktische Erfolge zu erzielen in nüchterner Kleinarbeit für die Hebung der wirtschaftlichen, sozialen und sittlichen Lage der Arbeiterschaft, für die Besserung ihrer materiellen Verhältnisse wie für die Erreichung und Sicherung ihrer Eingliederung als gleichberechtigtes Glied ins Ganze des Volkslebens, wie es in Staat, Wirtschaft, Gesellschaft und Kirche zum Ausdruck kommt. Weil dem aber so ist, weil sie mit vollem Bewußtsein keine Klassenverhetzung sondern Standesbewegung ist, weil sie den Kampf gegen die zerstörende Macht des Marxismus, den Kampf für die lebendige Volksgemeinschaft sich zur Lebensaufgabe setzt, deswegen gehört die Zukunft ihr, der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Sie zu fördern, ihr die Waffen zu liefern für den entscheidenden Kampf, der

dicht vor der Tür steht, das muß jetzt die wichtigste Aufgabe für jeden Christenmenschen und treuen Vaterlandsfreund sein.

Wie stand es nun bisher damit? Das Kernstück der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, die christlichen Gewerkschaften, hat festen Fuß gesetzt in erster Linie wesentlich in den katholischen Landesteilen. Warum mußte es so sein? Weil die katholische Kirche in ihrer sozialpolitischen Einstellung weitgehendes Verständnis zeigte, weil die an Zahl in Deutschland schwächere, an kirchenpolitischem Willen stärkere katholische Christenheit mit Freuden die Mittel bereitstellte, die es ermöglichen, durch Errichtung zahlreicher Volks- und Arbeiterschaffteriate der christlich-nationalen Arbeiterbewegung den Boden zu ebnen. Wo blieben die evangelischen Arbeiterführer und Arbeiter? Nur wenige wurden unter Führung sozialdenkender Geistlicher von den evangelischen Arbeitervereinen erfaßt. Millionen gingen zur Sozialdemokratie, Hunderttausende nicht aus Mangel an innerer sittlicher Überzeugungskraft, sondern weil keine evangelischen Organisationen und Führer da waren, um die sie sich hätten scharen können; weil die evangelische Kirche, gebunden an bestehende soziale und politische Mächte, den Blick verloren hatte für die Notwendigkeiten, die gerade jene Mächte, soweit sie in ihrer Existenz gesund und berechtigt waren, zu stützen imstande waren; weil sie, wenn sie diese Notwendigkeiten erkannte, nicht den Mut fand, kräftig und rückhaltslos für sie einzutreten; endlich weil die evangelische Christenheit stark in jene irräumliche Ansicht über die Mittel für den Kampf gegen die Sozialdemokratie verstrickt war. So kam es, daß an weite Arbeitermassen die christlich-nationalen Bewegungen überhaupt nicht heranzam.

Die „Evangelisch-soziale Schule“ e. V. in Bielefeld hat es sich zur Aufgabe gemacht, hier Wandel zu schaffen. Das Ziel ihrer Arbeit ist die Durchsetzung der sozialen Verständigung auf der machtvollen Grundlage des Evangeliums zur Erreichung einer lebendigen Volksgemeinschaft. Drei Weggedanken zeigen, wie die Lösung in Angriff genommen wird. Durch die Veranstaltung von Vortragsturnen für alle Volksstände am Sitz der Schule und in möglichst vielen andern Orten soll an der Überwindung des marxistischen Klassenkampfgedankens durch soziale Verständigung und gesunde Standesbewegung gearbeitet werden. Hinzu kommt die Ausbildung und Schulung des Führernachwuchses der christlich-nationalen Arbeiterbewegung durch Unterrichtsturne, sowie die Veranstaltung von Tagungen der heutigen Führerpersönlichkeiten zu gemeinsamer Stellungnahme zu den jeweiligen Gegenwartsfragen der Politik und Wirtschaft und zur Festigung ihrer inneren sittlich-religiösen Stellung und nationalen Gesinnung. Über nicht nur den führenden und werdenden Führern widmet die „Evangelisch-soziale Schule“ ihre Arbeit, an die Massen selbst — und dieses ist der dritte Weg, der Weg, der für die christlich-nationale Arbeitnehmerbewegung der bedeutungsvollste ist — will sie heran. Was für die katholisch bevölkerten Gegenden Deutschlands der „Volkverein M. Gladbach“ frühzeitig getan, das will die Evangelisch-soziale Schule in den evangelischen, heut meist zu Stützpunkten der Sozialdemokratie und des Kommunismus gewordenen Landesteilen verwirklichen. Sie will Arbeiterschaffteriate errichten, die den Gedanken der sozialen Verständigung hineintragen in weite Volkskreise, die Freude schlagen in die Mauern der roten Zeitung und positive Arbeit leisten für die christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Sie hat diesen Zweig ihrer Arbeit bereits begonnen durch Errichtung von Arbeiterschaffteriaten im westlichen Industriegebiet, im mitteldeutschen Braunkohlengebiet, im Freistaat Sachsen, in Schlesien und in Mecklenburg. Es ist zu hoffen, daß durch die intensive Kleinarbeit, die hier geleistet wird, der Gedanke der christlich-nationalen Arbeiterbewegung auch dort in die Arbeiterschaft getragen wird, wo der Gewerkschaftsbewegung noch die Möglichkeiten zu intensiver Bearbeitung fehlen.

Dazu ist unwendig, daß die christlich-nationale Arbeiterbewegung, daß insbesondere ihre evangelischen Führer und Beamten weitgehendes Verständnis besitzen für die Arbeit der „Evangelisch-sozialen Schule“, daß sie werbend für sie eintreten (Material ist von der Geschäftsstelle der Evangelisch-sozialen Schule, Bielefeld, Gütersloherstr. 46 L. anzufordern) und rege Teilnahme an den

Veranstaltungen der Evangelisch-sozialen Schule betreiben. Dazu gehört nicht zuletzt die Mitgliedschaft in der Evangelischen Sekretärvereinigung. Dazu gehört weiter die Beteiligung an den Kursen, die die Schule speziell für die christlich-nationalen Arbeiterbewegung stattfinden läßt. Für dieses Jahr sind in Aussicht genommen: die alljährliche Sekretärsmesse vom 1. bis 5. August 1921 und der volkswirtschaftliche Kursus in der Zeit vom 6. bis 27. August 1921, der in der Aufführung des Programms, in der Wahl der Dozenten wie in der Methode des Unterrichts in erster Linie auf bereits tätige und angehende Gewerkschaftschefräte und Betriebsräte eingestellt ist. Anmeldungen werden schon jetzt entgegengenommen.

## „Erfolge“, über die der Deutsche Textilarbeiter nicht berichtet.

Von einer westfälischen Verbandsstollegin erhalten wir unter dieser Überschrift folgende Einladung: „In der letzten Zeit muß sich der „Textilarbeiter“, das Organ des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes, in einer Weise, die einer besseren Sache würdig wäre, ab, der Textilarbeiterenschaft verständlich zu machen, daß es allerwärts keine geschickteren und erfolgreicherer Strategen bei Lohn- und Arbeiterbewegungen gibt, als wie die großen und die kleinen Führer des deutschen Verbandes. Was aber in Wirklichkeit von dieser Brabantserei zu halten ist, das hat unser Verbandsorgan lediglich an einigen besonders markanten Fällen dargelegt. Wir müssen daraus die einzige richtige Schlussfolgerung ziehen, daß der „Textilarbeiter“ deswegen mit Verleumdungen und Verdächtigungen gegen unsern Verband nur so um sich wirft, um seine und auch unsere Mitglieder abzulenken von dem direkt widerständigen und Arbeitinteressen schwer schädigenden Verhalten seiner örtlichen und bezirklichen Leiter bei den größeren Lohn- und Tarifbewegungen der letzten Zeit. Es hat darum der „Textilarbeiter“ wahrhaftig am allerwenigsten Grund, sich nach Art des hochmütigen Pharao's stolz in die Brust zu werfen und den Anteilen zu erweden, als ob nun ausgerechnet nur der Deutsche Verband eine entschiedene und geschickte Interessenvertretung der deutschen Textilarbeiterchaft darstelle. Wer aufmerksam die Tätigkeit der verschiedenen Leiter des Deutschen Verbandes bei den letzten Bewegungen beobachtet hat, muß zu der direkt gegenteiligen Auffassung gelangen. Wir müssen gestehen, daß gerade eine Anzahl „Führer“ des Deutschen Verbandes in der letzten Zeit so ungefähr — um nicht gerade tölpelhaft zu sagen — tituliert haben, daß ganz gewiß verschiedene Rückwärtler im Arbeitgeberlager vor Bergmännern gequält haben. Den Scharfmachern unter den Arbeitgebern war die wilde Streiserei nur Wasser auf die Mühlen. Durch Kontrakt- und Tarifbruch wurden die Geschäfte gerade jener Unternehmer gefördert, die sich an jedweder, auch noch so kleinen Lohn erhöhung vorbedrücken möchten. Was aber noch schlimmer ist, das Ansehen der Gewerkschaftsbewegung und damit direkt und indirekt die Interessen der Arbeiterschaft sind schwer geschädigt worden. Wie durch eine unverantwortlich unverliebte und ungetüme Handlungweise von Gewerkschaftsführern die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung schwer in Misskredit gebracht und der Arbeiterschaft eine überaus empfindliche Niederlage und Schädigung zugefügt werden kann, dafür ist der kürzlich bei der Kieler F. H. Hammerfest A.-G. in Osnabrück beendete Streik ein überaus lehrreiches Schulbeispiel.“

Weil ein Mitglied des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes vier Revolverstöße, zwei mit breiter und zwei mit schmaler Ware, bediente, kam es zwischen Betriebsrat und Firma zu Differenzen. Ohne die Entscheidung einer Kommission oder des tariflichen Schlichtungsausschusses herbeizuführen, beschloß eine kleine Gruppe von Vertrauensleuten des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes den Streik, obgleich das Statut des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes geheime Abstimmung der gesamten Arbeiterschaft und zwei Drittel Mehrheit für Einführung in den Streik verlangt. Von der hier maßgeblichen Leitung des Deutschen Verbandes wurde dieses statut- und tarifwidrige Vorgehen einiger radikaler Heißsporne stillschweigend genebilligt, was nun die Arbeiterschaft erst veranlaßte, unter Kontrakt- und Tarifbruch die Arbeit niederzulegen. Es wurde von den Streikenden die sofortige Entlassung des sozialdemokratisch organisierten Weber Grotte, der die vier Stühle laufen

ließ verlangt. Die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss führten zu keiner Einigung. Darum war der Schlichtungsausschuss gezwungen, einen Schiedsspruch zu fällen. Nach letzterem wurde der Streit als ein Tarif- und Kontraktstreit bezeichnet und erklärt, daß aus diesem Grunde die Arbeit sofort wieder aufgenommen werden müsse.

Der Streit wurde trotzdem und nunmehr allein für die Entfernung des Webers Grote von seinem Arbeitsplatz weitergeführt, obgleich die materielle und finanzielle Forderung, daß die Firma nicht eigenmächtig das Mehrheitsystem weiter bedienen lassen durfte, und auch der Weber Grote die Bedienung des Mehrheitsystems nicht weiter aussüben durfte, erreicht war. Nach Verlauf von einigen Tagen erklärte der Weber Grote „freiwillig“ seinen Arbeitsplatz räumen zu wollen, und damit wäre der Streit endlich beigelegt worden, wenn nicht die Firma, die mittlerweile sämtliche streitende Arbeiter entlassen hatte, den Betriebsratsobmann nicht wieder einzustellen wollte, da derselbe nach Angabe der Betriebsleitung sein Wort, sich für die Wiederaufnahme der Arbeit bei der Betriebschaft einzusezen — das er im Verlauf des Streits gegeben hatte — nicht nur nicht eingeholt hatte, sondern ausdrücklich die Versprechungen der Firma als Bluff bezeichnet und zum Weiterstreiken aufgefordert hatte. Erst forderte der Betriebsrat die Entlassung eines ihm mißliegenden bis dahin sozialdemokratisch organisierten Arbeiters, dann mußte derselbe Betriebsrat sich gegen die Entlassung seines eigenen Obmannes wehren. Der Streit dauerte rund vier Wochen. In dieser Zeit hatte die Arbeiterschaft einen Lohnausfall von über einer Million Mark. Auf Anhänger der Streitenden kam dann durch Vermittlung des Oberbürgermeisters ein Abkommen zu Ende unter folgenden Bedingungen:

1. Die Arbeit wird am Montag, den 18. 4. 1921, vormittags um 7.30 Uhr wieder aufgenommen.
2. Über die Wiedereinstellung Goldbewens — das ist der Betriebsratsobmann, den die Firma weiter zu beschäftigen sich weigerte — wird der gesetzliche Schlichtungsausschuss auf Aufrufung der Arbeiterschaft in einer Sitzung am Montag, den 18. 4. 1921, vormittags 9 Uhr entscheiden. Prozeßuale Mängel über die Zuständigkeit des Berufsgerichts vor dem Schlichtungsausschuss werden von seiner Partei erhoben.
3. Als Arbeiterversetzung soll bis zur abhörd vornehmenden Neuwahl des Betriebsrates der bisherige Betriebsrat gelten.

Mit deutlicher als wie in diesem Protokoll tritt der große Erfolg sozialdemokratischer Verbundstrategie in Erscheinung, in den diesem Protokoll angefügten und ebenfalls vom allen Beteiligten unterschriebenen

#### Protokollnotizen.

Zu dem am 15. April 1921 zwischen dem Verband Industrieller Arbeitgeber von Osnabrück und Umgegend und dem Verband Hünsterländer Textilindustrieller, Ortsgruppe Osnabrück einerseits und dem Deutschen Textilarbeiterverband, Filiale Osnabrück andererseits zum Zweck der Beilegung des Streits bei der Firma S. & Hammerer, A.G. getroffenen Vereinbarung:

#### Zu Punkt 1:

Die Parteien sind darüber einig, daß die Arbeitsaufnahme am Montag ohne Goldbewen erfolgen wird. Herr Gewerkschaftssekretär Henning verspricht, sich am Montag früh zur Betriebsaufnahme bei der Firma S. & Hammerer A.G. einzufinden und dafür zu sorgen, daß die Arbeit aufgenommen und die Maschinen in Gang gesetzt werden. Gleichzeitig wird er dafür Sorge tragen, daß Goldbewen nicht in den Betrieb kommt.

#### Zu Punkt 2:

Der Schlichtungsausschuss entscheidet auf Grund der Vorschriften des Betriebsstrafgesetzes. Die Parteien unterwerfen sich von vornherein dem zu fallenden Schiedsspruch. Die Parteien versprechen sich gegenseitig, daß sowohl drei Parteivertreter von jeder Seite vor dem Schlichtungsausschuss erscheinen werden.

#### Zu Punkt 3:

Die Parteien sind darüber einig, daß Goldbewen auch in dem Falle, wenn die Firma zur Wiedereinstellung verurteilt werden sollte, mit zur vorläufigen Arbeiterversetzung im Sinne der Ziffer 3 des Abkommenes gehört. Außerdem berücksichtigt sich die Parteien gegenseitig, den Preßkampf in den hiesigen Zeiten einzuhallen.

Osnabrück, den 16. April 1921.

Verband Industrieller Arbeitgeber von Osnabrück und Umgegend.

Der Geschäftsführer: gez. Raatz, Sydow.

Verband Hünsterländer Textilindustrieller,

Ortsgruppe Osnabrück.

Der Geschäftsführer: gez. Dr. Pratje.

Deutsche Textilarbeiterverband, Filiale Osnabrück.

Der Geschäftsführer: gez. Willi Heinz.

Ob es in der Gedächtnis der Arbeiterschaft überhaupt schon einmal dagevoren ist, daß ein Gewerkschaftssekretär wie im laufenden Falle sich selbst unzweckmäßig zum Polizeibüro begeht? Und das mußte ausgerechnet einer Angehörigen des deutschen Textilarbeiterverbandes passieren, dieses Verbandes, der sich und gerade in letzter Zeit noch über den grünen Meer und in allen Tönen seine meisterliche Interessenvertretung anstrebt. D. Schmerz loh noch! Man sollte es das zum zweiten Mal nicht tun: Der Gewerkschaftssekretär findet sich zur Arbeitsaufnahme ein, sorgt dafür, daß die Arbeit angenommen und die Maschinen in Gang gesetzt werden, hat aber auch gleichzeitig dafür zu sorgen, daß der von der Firma entlassene Betriebsratsobmann nicht in den Betrieb hineinkommt. Stein, ja etwas war bisher nichts noch nicht so klein, das den in heißer arbeitender Firma in

Christo“ passiert wäre. Das Indianergeheul im roten Blätterwald hätten wir mal gerne hören mögen. Doch so mußte es einem „Deutschen“ vorbehalten bleiben, für die Gewerkschaftsangestellten ein ganz neues und eigenartiges Tätigkeitsgebiet zu entdecken. Viel schlimmer aber als wie all dieses ist, daß infolge dieses wilden Streiks die Arbeiterschaft eine empfindliche Niederlage erlitt. Nichts, auch nicht ein Quäntchen ist durch diese gewissenlose Putzattacke für die Arbeiterschaft verloren worden. Sie mußten bedingungslos und schwer gedemütigt wieder die Arbeit aufnehmen. Die Firma hatte dagegen voll und garz ihre Absichten erreicht. Auf Grund eines Schiedsspruches des amtlichen Schlichtungsausschusses von Osnabrück vom 18. April 1921, wurde der Firma attestiert, daß sie weder rechtlich noch moralisch zur Einstellung des betr. Betriebsratsobmannes verpflichtet sei. „Bediglich um Härten zu vermeiden“, so betonte der Schiedsspruch, „stelle man der Firma anheim, dem betr. Obmann eine Beschäftigung in ihren Betrieben zuzuweisen, und, wenn in Osnabrück, nach der Betriebsratswahl.“ Durch Letzteres war den Deutschen obendrein auch noch jede Möglichkeit genommen, daß, wenn die Firma aus freien Stücken den Goldbewen wieder einzustellen würde, dieser in Osnabrück in den Betriebsrat hätte gewählt werden können. Dahin mußte eine „herliche Strategie“ führen, die groß ist, nicht in Taten, aber in schwüligen Phrasen und Schlagwörtern.“

## Sozialdemokratische oder christliche Feiertage?

In seiner Nr. 15 vom 15. April berichtet der „Textilarbeiter“ über die Gaukonferenz Gera des freien Verbandes. Neben den Fabrikalbergen, die dort zwischen den einzelnen sozialdemokratischen politischen Richtungen erfolgt sind, interessiert ein Teil der für den kommenden Verbandstag in Breslau gefassten Beschlüsse und Anträge. Der eine lautet: „kirchliche Feiertage abzuschaffen oder Lohnausfall zu entschädigen“. Seit dem November 1918 sind die auf Beseitigung christlicher Feiertage gerichteten Bestrebungen „reitgewerkschaftlicher“ Kreise immer offener hervorgetreten. In Erinnerung sind noch die Vorgänge, wo an verschiedenen Plätzen unter sozialistischer Führung durchgelebt wurde, daß z.B. am 9. November gefeiert, dagegen am Bußtag, dem 17. November, im Betrieb gearbeitet wurde. Es handelt sich hier um eine bewußte Sabotierung christlicher Feiertage, die im vorliegenden Falle vom Deutschen Textilarbeiterverband unterstützt wird.

Wie im anderen Falle die Dinge ausgespielt werden, wird an einem Vorgang verdeutlicht, der in Sachsen steht. Mittels Gesetz waren dort am 17. Dezember 1920 zwei christliche jüdische Sonderfeiertage aufgehoben worden. Es handelt sich um den 6. Januar (Hl. Dreikönige) und um den Frühjahrsbusntag. Prompt wurde von sozialistischer Seite kurz darauf im Landtag beantragt, die Regierung wolle ein Gesetz vorlegen, durch das der 1. Mai und der 9. November als gesetzliche Feiertage anerkannt und festgelegt werden.

Zu der 35. Sitzung vom 10. März führte unser Kollege Abgeordneter Voigt hierzu u.a. folgendes aus:

„Man hat sich damals gegen diese beiden Feiertage, den 6. Januar und den Frühjahrsbusntag, besonders auch aus dem Grunde gewendet, weil sie spezielle jüdische Feiertage waren, und man hat darauf hingewiesen, daß kein Bedürfnis vorliegt nach Feiertagen der Einzelstaaten neben denjenigen, die reichsweit geregelt sind. Das Wirtschaftsleben verträgt es nicht, hat es damals geheißen. Ich werfe heute die Frage auf: Verträgt jetzt das sächsische Wirtschaftsleben, ausgerechnet das jüdische, wieder besondere jüdische Feiertage, wie sie in dem Antrag angesetzt werden, einzuführen? Der Antrag, meine Damen und Herren, führt uns wieder in den früher so abschäßig bezeichneten Feierabendkommunismus hinein. Es wird morgen vielleicht ein thüringischer Kleinstaat kommen und wird auch seine Feiertage haben wollen, und wir kommen so wieder in das alte Uebel. Ihre Gemüthsfreunde in Preußen werden sicherlich dasselbe Gefühl gehabt haben für die Feiertage, die sie hier beantragen. Wir haben aber nicht gehört, daß sie dort den Betrieb gemacht haben, wie Sie es hier unternehmen, und wir stellen uns durchaus auf den Standpunkt, daß solche Dinge einheitlich geregelt werden über das ganze Reich hinweg. Wenn vorhin vom Herrn Ministerpräsidenten jenes zwei Paragraphen umfassende Gesetz verlesen worden ist, wonach zunächst 1919 der 1. Mai gefeiert wird durch allgemeine Arbeitspause, und ferner, daß die Belegschaft des Reiches einen Feiertag herstellt, der ähnlich geregelt sein werde, und der allgemein einzuführen ist, so bengen wir uns dem, was die Belegschaft vorzieht. Wir sind ihr auch in diesem Punkte treu.“

Meine Damen und Herren! Wir beschäftigen uns doch im Landtag schon seit langem mit dem Arbeitslosenproblem, und bei dieser Gelegenheit wird immer und immer wieder der Schrei laut: „Arbeit! Arbeit!“. Ich darf in diesem Zusammenhang hinweisen auf den Wunsch der Arbeiterschaft Arbeit, und hier soll durch zwei einzuhaltende Feiertage das normale Volk im Sozialen vertrieben werden zu noch mehr Feierstätten. Die Annahme des unbedingten Antrages, der hier vorliegt, bedeutet nach unserer Einschätzung einen vergangstrüben Irrtum. Er entspricht durchaus nicht dem Zeitbedürfnissen. Ich will es an zwei Geschäftspunkten aufzuweisen versuchen. Wir beflecken alle, daß uns gelegen sein möge, um unser Volk und seine Wirtschaft wieder in die Höhe zu bringen, an einer stärkeren Kohlenförderung. Wir fordern täglich in Sätzen etwa 12.000 Tonnen Steinkohlen und etwa 2.000 Tonnen Braunkohlen. Die zwei neuen Feiertage, die Sie uns geben wollen, meine Damen und Herren,

würden einen Förderausfall von 1.280.000 Tonnen Kohle allein in Sachsen bedeuten. Ich frage: verträgt das die Wirtschaft jetzt? Das kann unmöglich sein.

Ein Gegenstand, der uns in diesem Hause auch schon reichlich und umfassend beschäftigt hat, ist die Schulfrage. Alle bestätigen und wissen es, daß sich die Ausfallstunden während des Krieges und auch in der Folgezeit im Schulbetrieb außerordentlich nachteilig fühlbar gemacht haben: jede Stunde, die verfüllt wird, bedeutet einen großen Schaden. Sie wollen uns nun wieder zwei Feiertage geben. Sie müssen dem Schulbetriebe wieder fehlen.

Wir stehen auch auf dem Standpunkt, Sozialismus kann nur Arbeit sein. Das verträgt sich aber unmöglich mit dem Ziel des Antrages, zwei Feiertage einführen zu wollen. Nein, Sozialismus hat mit Ausbeutung nichts zu tun. Dem stimmen wir zu. Daher kann er nicht durchgeführt werden mit mehr Feiertagen. Schließlich muß ein Volk erhalten, was es in allen seinen Ständen und unausgesetzt begeht. Ich lege aber Nachdruck auf „in allen seinen Ständen“. Wenn ein Volk erhalten, was es in allen seinen Ständen verlangt, dann werden wir ihm näher treten müssen. Ich habe aber nicht beobachten können, daß ein solches Verlangen aus allen Ständen hervorgetreten wäre, daß der 1. Mai und der 9. November Feiertage werden sollten. Die Arbeitsruhe, die im vergangenen Jahre das sächsische Kabinett zum Teil für die Staatsbetriebe angeordnet hatte, halten wir für ungünstig, und wenn im vorigen Jahre ein großer Teil der Bevölkerung davon gefeiert hat, so ist das für uns durchaus kein Beweis dafür, daß das Verlangen nach solchen Ruhetagen bestände.“

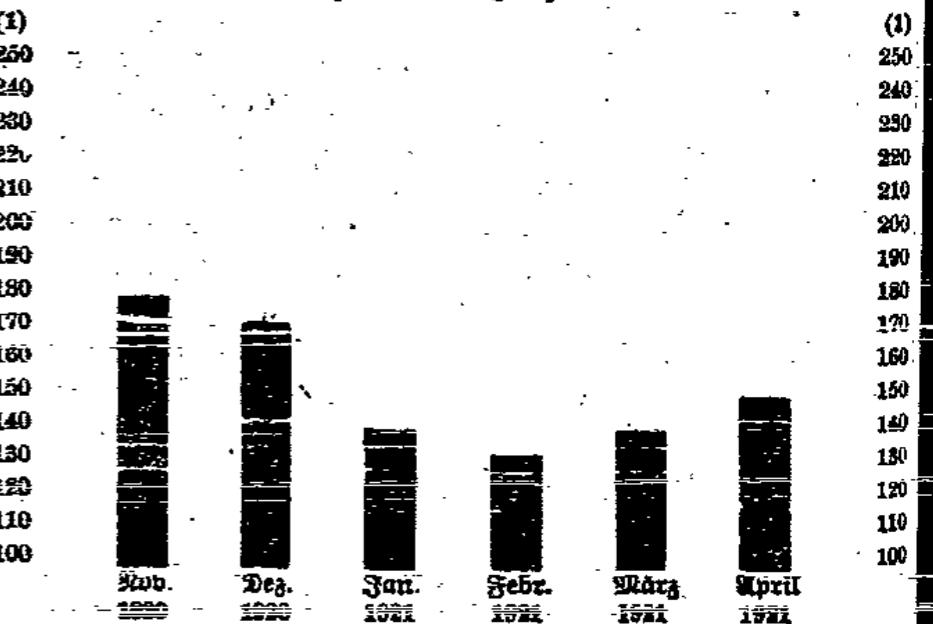
Unserm Volke sollen seine alten christlichen Feiertage entrissen und neue sozialistische Feiertage aufgebracht werden, eine Entwicklung, für die sich der größte Teil des Volkes schon bedanken wird. Uns kann es darauf an, festzustellen, daß an dieser Entwicklung auch der Deutsche Textilarbeiterverband auf seiner Konferenz für den Gau Gera mitgearbeitet hat. Was sagen die christlichen Arbeiter und Arbeiterinnen dazu, die heute noch Mitglied im sozialistischen Deutschen Verband sind?

## Zur Arbeitslosenberichterstattung!

Durch die Arbeitslosenberichterstattung wird unserm Verband die Möglichkeit gegeben, den Beschäftigungsgrad seiner Mitglieder festzustellen. Doch nicht allein unser Verband hat ein Interesse daran, die nötigen Unterlagen über die bestehende Arbeitslosigkeit zu besitzen. Die Deffentlichkeit, Forschungsinstitute, die sich für das Problem der Arbeitslosigkeit interessieren, erhalten die Unterlagen von den Fachverbänden.

Verständlicherweise muß bei der Wichtigkeit der Sache das notwendige Gewicht auf die Berichterstattung gelegt werden. Es liegt in der Natur der Sache, daß wir das tun müssen. Wir können sonst nicht mit Hilfe der Statistik Ründerung denjenigen verschaffen, die von der Arbeitslosigkeit betroffen werden. Daß auf diesem Gebiete noch viel von unseren Kollegen in den Ortsgruppen geleistet werden muß, zeigt uns die Interessenslosigkeit vieler Ortsgruppen. Die Beteiligung an der Berichterstattung im letzten halben Jahr zeigt eine zuerst sinkende und wieder steigende Zahl der an der Berichterstattung nichtbeteiligten Ortsgruppen. An Hand der bildlichen Darstellung ist dieses genau zu beobachten.

Nichtbeteiligte Ortsgruppen im letzten halben Jahr.



(1) Zahl der Ortsgruppen.

Zu November hatten wir eine große Anzahl von nichtberichtenden Ortsgruppen. Die Darstellung zeigt im Monat Dezember eine kleine Besserung auf diesem Gebiete. Die Zahl der nichtbeteiligten Ortsgruppen wurde erheblich kleiner im Januar gegenüber dem Vormonat. Die letzte Berichterstattung war im Februar. Dagegen ist für die Monate März und April eine Verschlechterung aufzuweisen und zwar gegenüber dem Monat Februar um 10 und 16 Ortsgruppen. Die Beteiligung im Monat April war also sehr mäßig, was bei der steigenden Arbeitslosigkeit nur zum Schaden der Mitglieder selbst ist.

Andere Mängel, die sich bei der Bearbeitung der Rückweisungen herausgestellt haben, seien im folgenden kurz erläutert:

1. Für die monatliche Berichterstattung genügt die Einsendung der grauen Karte. Die gelbe Karte darf nur für die vierteljährliche Berichterstattung benutzt werden.

2. Das Ausfüllen der einzelnen Spalten muß so geschehen, wie es die zu bearbeitenden Fragen erfordert.

3. Eigenmächtige Änderung an den einzelnen Fragen sind nicht zulässig. Sie wirken nur summenstellend.

4. Die Zahl der Arbeitslosentage braucht für die monatliche Berichterstattung nicht angegeben werden.

5. Gemäßgelekte, Krante, und Streitende dürfen nicht mit mitgezählt werden. Sie kommen für die Arbeitslosenstatistik nicht in Betracht.

6. Auf der Nachweisung muß der Ort stehen, für den der betreffende Kollege berichtet.

7. Nur die Arbeitslosen werden gezählt, die am Stichtag arbeitslos waren.

8. Die Nachweisungen müssen mit 0,40 M. frankiert werden.

Jeder, der mit der Berichterstattung zu tun hat, sollte sich dieses merken, um so auch auf diesem Gebiete als richtiger Gewerkschafter zu gelten. Die anhaltende Arbeitslosigkeit erfordert gebieterisch mehr Fleiß und Beachtung der Arbeitslosenstatistik. Lue jeder an seinem Platz seine Pflicht.

E. D.

## Wichtige Neuerungen in der Unfallversicherung.

Der Reichstag hat vor seinem letzten Auseinandergehen unter anderem auch eine Novelle zur Reichsversicherungsordnung verabschiedet, die einige bedeutsame Änderungen auf dem Gebiet der Unfallversicherung bringt. Vor allem handelt es sich um die Schaffung neuer Grundlagen für die Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes in der Unfallversicherung.

Nach dem seitherigen Recht wurde der über 1800 M. hinausgehende Jahresarbeitsverdienst bei der Unfallrentenberechnung nur zu einem Drittel angerechnet. Hatte also beispielsweise ein Arbeiter ein Einkommen von 6000 M., so wurde die Rente wie folgt ermittelt:

1. 1800 M.;

2. die Differenz zwischen 1800 M. und 6000 M. beträgt 4200, hierzu ein Drittel = 1400 M., somit zusammen: 1800 und 1400 M. = 3200 M.

Diese 3200 M. nun bildeten die Grundlage für die Rentenberechnung. Da die Vollrente nur 66% Prozent des der Rentenberechnung zugrunde gelegten Jahresarbeitsverdienstes beträgt, so erhält also ein Arbeiter mit 6000 M. Verdienst im Falle völliger Erwerbsunfähigkeit eine Rente von 2133 M.; bei teilweiser Erwerbsunfähigkeit nur den entsprechenden Prozentsatz aus der Summe von 2133 M.

Durch die Regierungsvorlage sollte die Grenze von 1800 M. auf 5400 erhöht werden. Der Reichswirtschaftsrat nahm schon am 20. September 1920 zu dieser Angelegenheit gutachtlich Stellung. Die Arbeitgebervertreter im Reichswirtschaftsrat stimmten einer Erhöhung auf 7500 M. zu, während die Arbeitgebervertreter für die Regierungsvorlage eintraten.

Im Reichstag wurde, nach wechselnder Annahme und Ablehnung weitergehender Anträge als des vom Reichswirtschaftsrat beschlossenen Sakes von 7500 M., die Dreitagsgrenze auf 10200 M. festgesetzt. Dabei mußte beachtet werden, daß die Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung demnächst eine bedeutende Erhöhung, sowohl der Beiträge als auch der Leistungen erfahren, desgleichen auch die Angestelltenversicherung. Dabei macht die Auswirkung der jetzt beschlossenen Erhöhung der Unfallrente jährlich circa 1000 Millionen Mark aus. Auch die landwirtschaftliche Unfallversicherung muß demnächst eine Steuererhöhung erfahren und soll dieselbe in der Richtung verlaufen, daß die der Rentenberechnung zugrunde gelegten Bruttolöhne um 500 Prozent erhöht werden. Die bei der Seeunfallversicherung versicherten Arbeiter und Angestellten erhalten die gegenwärtigen Tariflöhne als Grundlage für die Rentenberechnung angerechnet.

Noch seitherigem Recht gehören nur jene Angestellten der Unfallversicherung an, die ein Jahreseinkommen bis zu 5000 M. hatten. Durch Satzung haben zwar einzelne Berufsgenossenschaften diese Versicherungsgrenze bis zu 20000 M. ausgebaut. Es werden nun alle Betriebsbeamten und Angestellten obligatorisch der Unfallversicherung bis zu einem Jahreseinkommen von 40000 M. unterstellt. Über diese Grenze mit der obligatorischen Versicherung hinzuzugehen, erschien bei dieser Novelle nicht angezeigt. Es wird aber bei der künftigen Neugestaltung der Reichsversicherungsordnung auch diese Frage einer eingehenden Nachprüfung bedürfen.

Sämtliche Erhöhungen der Verdienstgrenzen gelten für die Unfälle ab 1. Januar 1920. Sind für Unfälle nach dem 31. Dezember 1919 schon berufungsfähige Bescheide erteilt worden, so muß ein neuer Bescheid ausgestellt werden, sofern durch die vorgenannten Änderungen der Reichsversicherungsordnung sich die Rente jeweils erhöht.

Endlich wurden gemäß einem Antrag der Regierungsparteien die seitherigen Zulagen zu den Unfallrenten, wie sie nach dem Gesetz vom 5. Mai 1920 zu gewähren sind, verdoppelt. Nach dem jetztgenannten Gesetz erhalten nur die Schwerbeschädigten Rentenzulagen. Schwerbeschädigte sind solche Unfallrentner, die um 50 und mehr Prozent in ihrer Arbeitsfähigkeit behindert sind.

## Allgemeine Rundschau.

Übernahme einer Seidensspinnerei durch die Gewerkschaft.

Der Textilarbeiterverband in den Vereinigten Staaten von Nordamerika (United Textile Workers) hat vor einigen Monaten auf den Rat von zwei Sachverständigen die im Staate Massachusetts befindliche Seidensspinnerei der Woonsocket Spun Silk Corporation angekauft. Diese Gesellschaft arbeitete mit einem Kapital von drei Millionen Dollar und hat in den letzten Jahren jährlich einen Bruttogehalt von fast 1½ Millionen Dollar gemacht. Der größte Teil der Aktien wird jetzt dem Verbande und einigen amerikanischen Gewerkschaften gehören. Die obersten Leiter und die Mehrheit des Verwaltungsrates werden aus Vorstandsmitgliedern des Verbandes bestehen, die die erforderlichen Arbeiten ohne Verzögerung ausführen.

werden. Der Betrieb wird zunächst mit 500 Arbeitern weitergeführt werden. In der Arbeitszeit und in den Löhnen wird keine größere Änderung eintreten. Allerdings wird man sie den Regeln der Gewerkschaft anpassen. Auch werden sämtliche Arbeiter des Betriebes Aktiengesellschafter werden. Mr. John Golden, der Vorsitzende des Verbandes, bezeichnet die Übernahme der Spinnerei als "einen neuen Schritt zu einer wirklichen industriellen Demokratie nach den von Eisenbahnern und Maschinenbauern angewandten Verfahren, allerdings mit dem Unterschiede, daß diese Organisationen nur finanzielle Transaktionen unternehmen, während wir uns unmittelbar den Fabrikation widmen wollen in der Überzeugung, daß wir ebenso befähigt sind, ein Unternehmen geschäftsmäßig auszubauen, wie wir bisher imstande waren, das Wohl der Arbeiter in allen Angelegenheiten in die Hand zu nehmen und zu wahren".

### Von der Not der Arbeitslosen.

Am 15. November vorigen Jahrzehnt belief sich die Zahl der Erwerbslosen einschließlich der Buschlagsempfänger:

- a) in Deutschland bei rund 60 Millionen Einwohnern auf 682 560 Unterhaltungsempfänger = 1,37 Prozent der Einwohner;
- b) in Preußen bei 37 105 210 Einwohnern auf 326 100 Unterhaltungsempfänger = 0,88 Prozent der Einwohner;
- c) in Bayern bei 7 026 003 Einwohnern auf 58 494 Unterhaltungsempfänger = 0,88 Prozent der Einwohner;
- d) in Sachsen bei 4 641 597 Einwohnern auf 181 839 Unterhaltungsempfänger = 3,91 Prozent der Einwohner, das ist bei 7,78 Prozent der Einwohnerzahl Deutschlands 26,5 Prozent der Erwerbslosenzahl Deutschlands.

Um entschärfen lastete die Arbeitslosigkeit auf den Arbeitern des Vogtlandes, vor allem Plauen. Von 104 465 Einwohnern sind Unterhaltungsempfänger 22 682, das sind 21,72 Prozent der Einwohner, 3,33 Prozent der Erwerbslosen von ganz Deutschland, 12,50 Prozent aller Arbeitslosen Sachsens.

Auf 1000 Einwohner entfielen Erwerbslose Unterhaltungssumme

Plauen . . . . .	111,3	5938,90
Dresden . . . . .	18,4	1454,40
Leipzig . . . . .	23,1	1654,20
Chemnitz . . . . .	15,9	1039,30
Zwickau . . . . .	22,2	1890,—
Groß-Berlin . . . . .	24,2	1450,50
Breslau . . . . .	13,8	571,30
Magdeburg . . . . .	8,0	473,40
Essen . . . . .	0,4	31,30
Dortmund . . . . .	0,0	4,80
Nürnberg . . . . .	8,7	704,20
Hamburg . . . . .	21,2	1579,20
Mannheim . . . . .	2,6	235,20
Fürth . . . . .	54,2	4274,10

Diese Zahlen liegen bereits sechs Monate zurück. Sie haben sich seitdem weiter erheblich erhöht. Über 5000 Arbeiter sind bereits länger als 2½ Jahre beschäftigungslös. Man kann begreifen, warum gerade im Vogtlande kürzlich der Aufruhr der Kommunisten entstanden und einen solchen Umfang annehmen konnte.

### Internationaler Bund der christlichen Gewerkschaften:

Der Vorstand des Internationalen Bundes der christlichen Gewerkschaften tagte unter Vorsitz von Joz. Scherer (Schweiz) am 4. und 5. Mai in Rom. Sekretär Serrarens (Holland) erstattete einen Bericht über die Tätigkeit der internationalen Organisation seit der letzten Zusammenkunft des Vorstandes in Köln vom 2. Februar d. J. Bereits haben sich innerhalb des Bundes mehrere internationale Berufsverbände gebildet, so diejenigen des graphischen Gewerbes, der Fabrikarbeiter, der Ernährungsindustrie, der Textilarbeiter, der Tabakarbeiter, der Metallarbeiter, der Bauarbeiter, der Eisenbahnarbeiter und der Landarbeiter. Die Gründung der internationalen Berufsverbände der Angestellten und der Arbeiter der Bekleidungsindustrie ist in Vorbereitung. Die Konferenz nahm unter anderem einen Bericht über die Lage der christlichen Gewerkschaften Österreichs entgegen. Ebenso bildeten die Gewerkschaftsverhältnisse Ungarns Gegenstand eingehender Erörterungen. Die Internationale wird die christliche Gewerkschaftsbewegung in den Oststaaten mit Nachdruck zu fördern suchen. Eine internationale Arbeiterinnenkonferenz soll im September in Brüssel stattfinden. Die Vertreter der verschiedenen Staaten erstatteten Bericht über die wirtschaftliche Lage ihrer Länder. Daraus ist auf eine sehr ernste Lage der Arbeiterschaft in fast allen Staaten zu schließen. Eine Erhebung des Vorstandes in allen angeschlossenen Staaten, welche durch die Landeszentralen vorgenommen wird, wird den Vorstand in seiner nächsten Sitzung bestätigen, damit geeignete Vorschläge und Maßnahmen zur Befreiung der Krisis ausgearbeitet werden können. Die Konferenz hoffte sich jedoch mit der Ausarbeitung eines Weltwirtschaftsprogramms. Der leitende Ausschuß wurde beauftragt, einen Entwurf auszuarbeiten, welcher mit den bereits eingereichten Programmvorstellungen verschiedener Staaten den einzelnen Landeszentralen zur Beratung gestellt werden soll. Der Vorstand wird in seiner nächsten Sitzung die bezüglichen Vorschläge beraten. Das Programm wird dem internationalen Kongress, welcher 1922 stattfindet, unterbreitet.

### Der Entwurf des Arbeitsnachweisgesetzes.

Das Reichsarbeitsministerium teilt mit: Der Entwurf des Arbeitsnachweisgesetzes ist von der Reichsregierung dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat zur verfassungsmäßigen Begutachtung zugeleitet worden. Das kommende Gesetz soll die einheitliche rechtsrechtliche Regelung der gesamten Arbeitsvermittlung bringen mit dem Ziel, durch Verteilung der Arbeit nach dem Grundsatz wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit und sozialer Gerechtigkeit einer Lebensfrage unseres Volkes gerecht zu werden. Planmäßig soll die Organisation des Arbeitsnachweiswesens von den örtlichen Arbeitsnachweisämtern als Gemeindeeinrichtungen ausgehen, denen für größere, wirtschaftlich zusammenhängende Bezirke Landesräte für Arbeitsvermittlung übergeordnet sind, die wiederum ihre fachliche Spitze im Reichsamts für Arbeitsvermittlung finden. Um die Arbeitsvermittlung einheitlich zu gestalten, ist vorgesehen, die bestehenden Formen der Arbeitsnachweise in die allgemeine Organisation einzugliedern oder sie ihr in zweckmäßiger Form anzugeben. Dies gilt für die paritätischen Facharbeitsnachweise wie für die Arbeitsnachweise von Innungen und Landwirtschaftsamt und die Vermittlungseinrichtungen gemeinnütziger Vereine. Die gewerbsmäßige Stellenvermittlung soll unter Gewährung einer längeren Übergangszeit aufgehoben werden. Wesentliche Bedeutung ist der Selbstverwaltung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in den verschiedenen Arten der Arbeitsnachweisämter beizugeben, die besonders in den Fachausküssen stark ausgebaut ist. Der vielfach geforderte Bewußtseinzwang ist im Entwurf nicht vorgesehen, sondern lediglich die Erführung einer Meldepflicht für alle offenen Stellen den Ländern freigestellt. Die Kostenbedeckung ist in Verbindung mit der Arbeitslosenversicherung derart beabsichtigt, daß je ein Drittel der Kosten der Arbeitsnachweisämter von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern aufzutragen sind, während das übrige Drittel aus öffentlichen Mitteln bestritten werden soll. Der Entwurf des Arbeitsnachweisgesetzes wird in Nr. 14 des "Reichsarbeitsblattes" veröffentlicht, ist auch durch den Verlag des "Reichsarbeitsblattes", Steiner Hobbing (Berlin), zum Preis von 1,25 M. zu beziehen.

### Für unsere Arbeiter- und Betriebsräte.

#### Der Kampf am Verhandlungstisch.

Das "Zentralblatt" der christlichen Gewerkschaften bringt in Nr. 5 einen beachtenswerten Artikel über das Thema "Kapital und Arbeit". Ein Abschnitt, der von den Verhandlungen mit den Unternehmern handelt, ist wert, hier wiedergegeben zu werden. Über den Kampf am Verhandlungstisch wird gesagt:

"Er spielt sich in verschiedener Weise ab: in den Arbeitgemeinschaften, vor den Siedlungsausschüssen, vor den Gewerberichten usw. Bei dieser Art des sozialen Kampfes kommt es hauptsächlich auf geistige Überlegenheit an. In der Regel siegt, wer die größte geistige Gewandtheit und die stärksten Nerven besitzt. Wie dürfen uns nicht verschämen, daß infolgedessen die Arbeiterschaft oft in einer ungünstigen Lage ist. Der Arbeitgeber tritt auf, umgeben von einem ganzen Stab geschulten und hochbezahlten Hilfskräften. Da bringt er einen Diplomingenieur mit, einen gewandten Justizien, einen Statthalter, der eine wahre Lraft von Tabellen mit sich schleppen kann, einen höheren kaufmännischen Angestellten usw. Wie soll dem gegenüber der Arbeiter sich durchsetzen? Wenn er nicht von vornherein seine Ruhe verliert, so liegt nahe, daß er an das soziale Empfinden des Arbeitgebers appelliert, von vorlebter Menschenwürde redet und dergleichen mehr. Das ist schön und gut, aber damit kommt man im sozialen Kampfe nicht weiter. Verläßt man sich auf solche Methode, so ergeht es den deutschen Arbeitern gegenüber den Kapitalisten ähnlich, wie es den deutschen Diplomaten beim Verhandeln mit der Entente ergangen ist. Den Wert des sozialen Kämpfes und des Sozialstaats überzeugen wollen wir keineswegs unterschätzen. Indessen geben bei solchen Gelegenheiten tatsächlich oft andere Dinge den Ausschlag. Man muß dem Verhandlungsgegner haarklein nachweisen können, daß die fragliche Gesetzesvorschift so und nicht so auszulegen ist. Man muß statistisches Zahlenmaterial zur Stelle haben. Kurz, es kommt nicht auf grobe Worte an, sondern darauf, daß man in sachlicher Weise den Gründern des Gegners Gegenstände gegenüberstellt. So mit dem Arbeitgeber zu kämpfen, ist nicht jedermann's Sache. Um aber in solchen Kämpfen bestehen zu können, bedarf es einer geistigen Schulung und einer Schulung des Willens. Die sozialen Kämpfe sind heute nicht mehr Fragen hoher Macht und nackter Gewalt; sie sind zu Kämpfen mit geistigen Waffen geworden. Für die Arbeiterschaft bedeute daher jetzt mehr denn je Bildung Macht. Je mehr die Arbeiterschaft geistig emporsteigt, um so mehr ist sie imstande, ihre materielle Lage zu heben. So erkennen wir, daß die Bildungsfrage für die Zukunft eine Lebensfrage der Gewerkschaften ist. Wenn die deutsche Arbeiterbewegung allen kommenden Stürmen trocken will, so muß sie ihr Arsenal an geistigen Waffen erheblich vergrößern."

### Aus unserer Industrie.

#### Ausbringung der Olivenzölle durch ein Einheitsverfahren.

Der Verband der deutschen Samt- und Plüschfabriken hat beschlossen, daß die Fabrikanten die Zahlung der Zölle an der neuen Rheingrenze bei den bereits erzielten und noch zu erzielenden Aufträgen übernehmen, solange diese Fälle die bisherige Höhe nicht übersteigen.

Weiteste Kreise des Wuppertaler Großhandels erklärten sich bereit, das Föllner auf sich zu nehmen, um so der rheinischen Geschäftswelt ihre schwierige Lage zu erleichtern und das Rheinland dem deutschen Volke zu erhalten.

Folgende Lieferantenverbände erklärteten, die Rheinzölle selbst zu tragen: "Verband deutscher Arbeiterschäf-fabrikanten, M.-Gladbach", "Verband deutscher Damenwäschefabrikanten, Berlin", "Verband der Fabrikanten konfektionierter Weißwaren, Rüschen, Kinderhüte und verwandter Artikel E. B., Berlin-Charlottenburg", "Verband deutscher Herrenwäschefabrikanten, Berlin", "Verband norddeutscher Baumwollindustrieller, Elbe, Weser", "Weltmarktfabrikantenvereinigung, Chemnitz".

### Vertrieb englischer Nähgarnen in Deutschland.

Wie dem Hansabund aus Kreisen der deutschen Garnindustrie geschrieben wird, überschreitet gegenwärtig der englische Nähgarnentruft durch seine Vertriebsstelle Robert C. Philippi in Hamburg, Rödingemarkt 37, den deutschen Markt zum Schaden der deutschen Garnindustrie mit englischem Nähgarn. Trotzdem in Deutschland noch immer eine Bestimmung gilt, wonach Nähgarn nur in Meteraufmachung auf den Markt gebracht werden darf, vertreiben die Engländer ihre Garne in Yardsaufmachung nicht nur an Fabrikanten, wie es ihnen von der deutschen Behörde seinerzeit gestattet wurde, sondern sogar an Kleinhandelsfirmen. Der Hansabund hat die zuständige deutsche Behörde auf diese Umgehung deutscher Gesetze durch englische Firmen aufmerksam gemacht.

### Rückgang der russischen Textilindustrie.

Der Rückgang der russischen Industrie ist auf den zunehmenden Mangel an Brennstoffmaterial zurückzuführen. In der Textilindustrie ging die Garnindustrie auf 800 000 Bud jährlich zurück, was der Produktion im Jahre 1850 entspricht. Der Flachanbau ist auf ein Areal von 300 000 Desjutinen beschränkt, gegen 750 000 Desjutinen in normalen Jahren. (Deutsche Allgemeine Zeitung vom 5. Mai.)

## Aus unserer Bewegung.

### Warum bin ich Mitglied einer christlichen Gewerkschaft?

Von Verbandsmitglied W. K.

Wir haben heute in unseren christlichen Gewerkschaftsverbänden eine Menge noch mit dem Gewerkschaftsgeboten wenig durchdringender Mitglieder. Für diese besonders wäre es einmal sehr am Platze, die einfache, aber fundamentale Frage aufzuwerfen: Warum bin ich Mitglied einer christlichen Gewerkschaft?

Sie bin Mitglied einer christlichen Gewerkschaft, weil 1. dort meine Kulturideale gehegt und gepflegt werden, 2. weil auch meine wirtschaftlichen Interessen dort geschützt und gefördert werden.

Als überzeugter Katholik der christlichen Weltanschauung will ich vor allem derjenigen Standesorganisation angehören, die meine christliche Überzeugung nicht nur schlechtbaldet, sondern auch achtet, schützt und pflegt. Dieses tut die christliche Gewerkschaft, indem sie ihren Mitgliedern auf dem religiösen, dem konfessionellen Gebiet volle, freie Betätigung garantiert. Zudem sie lehrt ihre gewerkschaftlichen Grundlagen auf dem Boden der christlichen Weltanschauung aufzubauen.

Als Vertreter christlicher Grundätze will ich mich auch auf dem politischen, staatsbürglerlichen Gebiet dort beteiligen und mitarbeiten, wo meiner Überzeugung Rechnung getragen wird. Die christliche Gewerkschaft gibt mir die Freiheit, mich bei politischen Partei anzuschließen, die meiner Ansicht am nächsten steht.

In der christlichen Gewerkschaft werden aber auch meine wirtschaftlichen Interessen in der besten Weise geschützt und gefördert durch den Eintritt der Organisation für Verbesserung meiner wirtschaftlichen und sozialen Standesinteressen, der wirtschaftlichen Interessen durch Erzielung möglichst günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen; dann der sozialen Interessen durch die Vertretungen in den öffentlichen Körperchaften des Reiches, des Staates und der Gemeinden; durch den Schutz und Beistand bei der Anwendung der Arbeiterschutz- und Sicherungsgegesetze.

Bei weiterer, objektiver Beurteilung aller gewerkschaftlichen Organisationen wird sich keine gewerkschaftliche Organisation finden, die den christlichen Arbeiter als wirklich freien Menschen nach jeder Seite hin so achtet und schützt wie die christliche Gewerkschaft, und darum schafft sie einen Standesverband innerhalb der christlichen Gewerkschaften Deutschlands an.

## Aus unserer Arbeiterinnenbewegung.

### Veranstaltungsräder.

Ortsgruppe Görlitz. Sonntag, den 5. Juni, abends 7 Uhr, im Stadtkino Commissionsitzung.

Ortsgruppe Düsseldorf. Mittwoch, den 8. Juni, abends 7 Uhr, Rathausgebäude.

Ortsgruppe Schlesien. Donnerstag, den 9. Juni, nachmittags nach Betriebsbesuch bei Südmanns Arbeiterinnenverbindung.

Ortsgruppe Dülken. Mittwoch, den 15. Juni, nach Betriebsbesuch bei Ueremels Commissionsitzung.

## Aus der internationalen Textilarbeiterbewegung.

### Unsere christlichen Textilarbeiter in Österreich.

Anlässlich des zu Pfingsten in Wien stattgefundenen sechsten Verbandsstages gab der Verband christlicher Textilarbeiter Österreichs einen gedruckten Bericht über die Entwicklung des Verbandes in den letzten zwei Jahren heraus.

Aus diesem Bericht ersieht man die eifige Tätigkeit des Verbandes in der Vertretung der Interessen der Textilarbeiterchaft, er gibt auch einen Einblick in die Verhältnisse der Textilindustrie selbst. Durch den Umsturz, so erwähnt der Bericht, mußte sich die Textilindustrie, die bisher fast ausschließlich für den Kriegsbedarf arbeitete, auf die Privatindustrie einrichten. Das ging nicht ohne Schwierigkeiten ab. Der Bedarf an Textilwaren war im Lande zwar sehr groß, doch durch das ungeheure Sinken des Wertes der Krone nach dem Kriege mußten die für die Textilindustrie aus dem Auslande beziehenden, zur Verarbeitung notwendigen Rohmaterialien zu ungemeiner hohen Preisen eingekauft werden. Die dadurch nur zu Phantasielpreisen erhältlichen Textilwaren konnte sich die Bevölkerung nicht kaufen. Für den Export waren aber die Grenzen noch nicht geöffnet. Die Folge war fast vollständiger Stillstand der Textilindustrie und Arbeitslosigkeit der Arbeiterschaft. Hier bewahrte sich die seit Jahren eingeführte Arbeitsvermittlung des Verbandes, welche zu einem Arbeitslosenamt ausgestaltet wurde. Der Verband konnte die Auszahlung der staatlichen Arbeitslosenunterstützung an die Arbeitslosen befreien. Vom Umsturz bis 9. Mai 1920 zahlte der Verband 905 204 K 80 h an Arbeitslosenunterstützung aus.

## Am unrechten Ort gespart wäre es,

wollten unsere Mitglieder gegenwärtig auf die Feuer- und Einbruchdiebstahlversicherung verzichten.

Wer noch nicht versichert ist, tue dieses umgehend bei der Deutschen Feuerversicherung, der Versicherung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter.

Umfragen erledigt umgehend Kollege Ludwig Kieck, Versicherungsabteilung, Düsseldorf-Kleisholz. Mitglieder, die mitarbeiten wollen, erhalten von dort die erforderlichen Anweisungen.

Der Verband zahlte an die Mitglieder seit Bestand folgende Unterstützungen:

Streikunterstützung . . . .	209 604 K 89 h
Arbeitslosenunterstützung . . . .	1.157 290 " 98 "
Krankenunterstützung . . . .	66 823 " 19 "
Entbindungsunterstützung . . . .	5 497 " 60 "

In Vermögen besitzt der Verband Ende 1920 60 099 K 3 h. Die Einnahmen betrugen 1919 55 825 K 55 h und 1920 178 853 K 33 h.

An Lohnbewegungen war der Verband zahlreich beteiligt und wurden 1919 15 Tarifverträge und im Jahre 1920 51 Tarifverträge abgeschlossen. Sie durch die geführten Lohnbewegungen erzielten Lohnerhöhungen betragen über 18 Millionen Kronen in der Berichtszeit.

Der Verband zählte Ende 1920 5057 Mitglieder, darunter 1834 Frauen. Gegenwärtig dürfte die Mitgliederzahl rund 6000 betragen.

## Berichte aus den Ortsgruppen.

Leutersdorf. Am 4. Mai stand hier für die allgemeine Kirchenkonferenz Leutersdorf Leutersdorf die Wahl der Bezirksdeputierten zum Amtshaus statt. Das Kreisamt der christlichen Gewerkschaften zu Leutersdorf batte eine eigene Liste eingereicht. Die Wahl endete in einer der guten Wahlbeteiligung unerwartet mit einem kleinen Erfolg für die christlichen Gewerkschaften. Wurden doch von unserer Liste anstatt früher ein Vertreter, diesmal zwei Vertreter und alle fünf Stimzettel gewählt. Auch in der Parusia marschierte der Gedanke der christlichen Arbeiterbewegung. Wenn wir in diesem Staat in der fernen Zukunft alle fairmäßig mitarbeiten, dann werden wir auch in den Körperschaften der sozialen Gewerkschaft mitnehmen, was das Wohl und Wehe unserer Kolleginnen und Kollegen.

Großdöllnitz. Am 21. April hielt die Ortsgruppe der christlichen Arbeiter im kath. Vereinshaus ihre Generalversammlung ab. Diese wurde vom Sitzenden, Kollegen Joseph Schmid, um 5% ihrer Nachmittage eröffnet und abgelehnt. Nach langer Verhandlung der Abstimmung entstand ein Urteil des Kollegen Karl aus Katowitz und Kollegen Börlich aus Badowiz, wurde zur Tagessetzung übergegangen. Sankt eins, Abstimmung des Stimmfalls durch den Kollegen Johann Sieger, welcher ebenfalls den Jahresbericht erfasste. Zwischen Kollegenbericht des Kassierers, Kollegen Bientol. Da von Seiten der Kassierer kein Einpruch erhoben wurde, dankte der Vorsitzende, Kollege Schmid, den Kollegen Sieger und Bientol für ihre mühsame Arbeit und erzielte ihrer Zustimmung. Eröffnung der Sozialwahl. Der Sozialstand wurde durch Zurnaf wieder gewählt und rief die Abstimmung an. Sankt eins, Abstimmung der Sozialwahl. Der Vorsitzende erläuterte dem Kollegen Sieger das Wort zu seinem Vortrage. Redner erläuterte in ausführlicher Weise die gesetzliche Basis des Konkurrenz und bemerkte, in der jetzigen Zeit müssen wir von einem Konkurrenz Konkurrenz nehmen, betont aber, daß der Wettbewerb verhältnismäßig berücksichtigt werden müssen, indem die Preispolitik des Gewerkschaftsbundes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands eingefordert werden sollen.

Nieder-Olmersbach. Am Sonnabend, den 20. April, hielt die heimige Ortsgruppe des christlichen Textilarbeiterverbandes eine ausführliche Versammlung ab. Der Vorsitzende auf die Bühne eröffnete die Versammlung und begrüßte mit besonderer

Freude unseres Bezirksteilnehmer, der wieder einmal in unserer Mitte erschien war. Sodann sprach Kollege Bieder über das Thema: "Wo stehen wir in der deutschen Arbeiterbewegung?" Mit klaren und markanten Worten schilderte der Referent die heutige Verhältnisse im Wirtschafts- und Staatsleben. Sein Bericht entwarf er uns ein Bild über das Meer von Aufgaben und Verantwortung, vor welche unsere christliche Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung als Volksbewegung in der jetzigen Zeitspanne gestellt ist. Die Spannung und das Interesse, mit welchem alle Interessenten den Ausführungen des Redners folgten, noch mehr über der reiche Gehalt, welcher ihm zu Teil wurde, befundet sich, daß er durch den Lehrerischen Vortrag Herz und Gemüt der Zuhörer gefesselt hatte. Nachdem der Vorsitzende nochmals alle Kolleginnen und Kollegen ermahnt hatte, mit Stolz und Freude für unsere Bewegung, die solch herliche Anstrengungen und Ziele hat, zu arbeiten, dankte er nochmals im Namen aller dem Referenten und schloß die Versammlung.

Reichenau. Unabhängig der Betriebsratswahl bei der Firma Brendler in Reichenau, wo wir diesmal die erste Liste eingereicht hatten, brachte man unsern Mitgliedern ein sehr geistreiches Flugblatt unterzeichnet von dem dortigen Geschäftsführer des Deutschen Textilarbeiterverbandes. Dieses soll nicht ganz unerwähnt bleiben.

Wir nehmen an, "der Geist dieses Flugblattes" war nur geliebt, denn das ist wortgetreu von andern Filialen abgeschrieben.

Es stimmt nicht ganz, daß "die Hand voll Christen" ihre Interessen nicht vertreten könnte, denn nur die christlichen Gewerkschaften kennen, gestützt auf ihre Grundsätze, ein Verantwortungsgefühl, was dem Deutschen Textilarbeiterverbande infolge seiner Geistesrichtung fehlt. Das endgültige Wirkungsrecht des Betriebsrates bei Einstellung von Arbeitern würde vielen passen, das glauben auch wir, da könnten oft christlich organisierte Arbeiter lange warten auf Einstellung. Die Stellung der christlichen Gewerkschaften zur 48 Stunden-Woche hier zu erläutern, erübrigt sich. Vielleicht haben die Gewerkschaften, die das nicht wissen, während der ganzen Zeit geschlafen, sonst würden sie nicht von "Lehrer-Wanier" schreiben. Doch schweifen wir nicht in die Ferne, das Gute liegt so nahe, es braucht nur aufzuhören zu werden. Gibt es doch in der heutigen Gegend Betriebe, wo heute noch 16 Stunden am Tage gearbeitet wird und dort befindet sich nicht ein einziger christlich organisierte Arbeiter. Also - Hand aus Herz. Wenn man von Politik schwelt, da sollte man sich erst mal näher erläutern, was eigentlich ein "Spannenberg" ist. Der betreffende Herr ist wohl Sekretär der betreffenden Partei, hat aber mit unseren christlichen Gewerkschaften garnichts zu tun. Also - nur ein klein wenig ehrlich, da geht's genau so schön.

Aber, was meint denn der Schreiber dieses Flugblattes zu seiner Kontrolle der Produktion, wo schon alle seine ehrlichen Kollegen schreiben, was das für ein schrecklicher Unsinn ist?

Ober, wenn er vielleicht einem Teil seiner Mitglieder, welche eigentlich "Christen" sind, weismachen will, daß sie für die "sozialistische Gewerkschaft" eintreten sollen? Ober, wenn er selbst Flugblätter für den Kirchenaustritt verteilt? Und was meinen da die noch christlich gesinnten Arbeiterinnen und Arbeiter, denen man diese Bettel in die Hand drückt? Und da schreibt man zum Schluß von "Einheitsorganisation". Glaubt da vielleicht noch jemand dran, wo sich drei und auch vier Gruppen wie wilde Tiger wildend gegenseitig stossen? Nun, wir haben das Ziel erreicht und sind trotz dieses "Geistes-aufwandes" im Betriebserfolg. Christlich gesinnte Arbeiter und Arbeiterinnen, merkt ihr nun, wo die Fahrt hingeht? Wenn ihr das erkannt, dann tretet ein in die einzige "Einheitsorganisation" die es gibt. Trete über zum christlichen Textilarbeiterverband.

## Besondere Bekanntmachungen.

Die grauen Nachweiszettel für die Arbeitslosenberichterstattung müssen bis zum 4. Juni eingestellt werden. Es erübrigt sich für die monatliche Berichterstattung die Einsendung der gelben Karte.

Die Centralstelle.

## Richtigstellung.

In der in der Nr. 21 unserer Textilarbeiter-Zeitung auf Seite 98 veröffentlichten Wahlkreiseinteilung zur Verbandsgeneralversammlung heißt es unter Barmen:

Vorsitzender: H. Alfeld.

Es muß heißen:

Vorsitzender: Wilhelm Selbach, Barmen, Kleestraße 48.

## Inhaltsverzeichnis.

Kein Mut und Selbstvertrauen! — Artikel: Zum Aufstieg der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. — "Erfolge", über die der Deutsche "Textilarbeiter" nicht berichtet. — Sozialdemokratie oder christliche Gewerkschaft? — Der Arbeitslosenberichterstattung! — Wichtige Notizen in der Unfallversicherung. — Allgemeine Wandzeitung: Übernahme einer Gewerkschaft durch die Gewerkschaft. — Von der Not der Arbeitslosen. — Internationale Band der christlichen Gewerkschaften. — Der Entwurf des Arbeitsnachweisgesetzes. — Für unsere Arbeiter- und Betriebsräte: Der Kampf um Verhandlungsgleichheit. — Aus unserer Industrie: Aufbringung der Röhrenzölle durch ein Umlageverfahren. — Betrieb englischer Wäschergesellschaften in Deutschland. — Wirkung der russischen Textilindustrie. — Aus unserer Bewegung: Warum bin ich Mitglied einer christlichen Gewerkschaft? — Aus unserer Arbeiterinnenbewegung: Versammlungsräder. — Aus der internationalen Textilarbeiterbewegung: Unseren christlichen Textilarbeiter in Österreich. — Besondere Bekanntmachungen. — Richtigstellung.